

Die ökonomische Logik des demographischen Niedergangs

Der demographische Niedergang vollzieht sich in Teilen der Welt mit ähnlich unerbittlicher Logik wie vorher lange Zeit die so genannte Bevölkerungsexplosion. War die Bevölkerungsexplosion noch verursacht durch ein unverändert fortgesetztes generatives Verhaltens in einer stark veränderten Welt, in der die Kindersterblichkeit schwand und die Lebenserwartung rasch anstieg, hat der Bevölkerungsschwund seine Ursachen in radikalen Veränderungen des generativen Verhaltens. Vor allem in den technisch, wirtschaftlich und kulturell hoch entwickelten Teilen der Welt hat sich die Kinderzeugung gelöst von biologischer Spontaneität und daran anknüpfenden Traditionen. Potentielle Eltern folgen in ihrem generativen Verhalten mehr denn je einem schlichten individuellen Vorteilskalkül. Gezeugt wird Nachwuchs nicht mehr spontan, sondern nach reiflicher Überlegung. Das so genannte Wunschkind ist damit vom einstmaligen Glücks- zum selbstverständlichen Normalfall geworden. Dieser Normalfall aber geschieht seit Jahrzehnten viel zu selten.

Die Überwindung biologischer Spontaneität hat dazu geführt, dass das Bedürfnis nach Kindern immer gründlicher und immer länger reflektiert wird. Das Alter, in dem potentielle Eltern sich auf die Zeugung von Kindern einlassen oder sich endgültig dagegen entscheiden, ist immer höher geworden, und die Reflexionsphase in Sachen Elternschaft dementsprechend immer länger. Damit ist auch die Entscheidung für oder gegen Kinder im Lauf der Zeit immer rationaler geworden. Je rationaler aber diese Entscheidung getroffen wird, desto angemessener wird es, das Bedürfnis nach Elternschaft oder Kinderlosigkeit in ökonomischen Kategorien zu analysieren. Bedürfnisse nämlich, die sich nach reiflicher Überlegung einstellen, behaupten, abschwächen oder stärken, sind die geeigneten Objekte formaler ökonomischer Analyse.

Es gab Zeiten, in denen Kinder auch bei ganz und gar rationaler Abwägung der Eltern in reichlicher Anzahl geboren wurden. Solange es noch keine verlässliche staatliche Altersvorsorge gab, galten eigene Kinder als

notwendige private Vorsorge von Eltern für das eigene Alter. Eltern setzen darauf, dass Kinder ihnen finanziell oder in anderer Weise zur Seite stehen würden, wenn die Lebensumstände dies erfordern. Wo man im späten Lebensalter nicht auf die Hilfe des Sozialstaats zählen konnte, gab es daher zumeist auch genügend Kinder, um die Bevölkerung wachsen oder zumindest nicht schrumpfen zu lassen.

Wo aber Kinder nicht mehr aus dem Vorsorgemotiv gezeugt und aufgezogen werden, kehrt sich die Motivationslage im generativen Verhalten vollständig um. Viele potentielle Eltern ziehen es vor, über zwei Arbeitseinkommen zu verfügen, ohne die Kosten von Elternschaft auf sich nehmen zu müssen. Sie lassen sich davon leiten, dass es sich mit zwei Einkommen zu zweit finanziell weit besser leben lässt als mit einem oder anderthalb Einkommen zu viert oder zu fünft. Mindestens ebenso sehr wird aber das generative Verhalten gegenwärtiger und künftiger Generationen davon geprägt, dass, wie zuvor Kinderlosigkeit als persönliches Lebensrisiko empfunden wurde, die Elternschaft zum subjektiven Wagnis geworden ist. Potentielle Eltern beschäftigen sich mehr denn je damit, dass Elternschaft vielerlei Unwägbarkeiten mit sich bringt, und zwar auch und vor allem für die potentiellen Kinder. Gegen diese gesteigerte Risikosensibilität setzt sich ein spontaner Kinderwunsch nur durch, wenn auch die späteren Bedürfnisse der Kinder einigermaßen erfüllbar, wenn also deren Lebensrisiken einigermaßen überschaubar erscheinen.

Potentielle Eltern wollen, wenn sie das Wagnis eines ersten oder nachfolgender Kinder eingehen, einen gewissen Wohlstand. Sie wollen das Gefühl, sich ein Kind „leisten“ zu können. Sie wollen jetzt und später einen Mindestwohlstand für sich, und sie wollen auch dem eventuellen Kind einen möglichst gesicherten Mindestwohlstand bieten können. Die *Wohlstandserwartung* ist daher ein wesentlicher Faktor in der Entscheidung für oder gegen ein erstes und weitere Kinder.

Die meisten Eltern wissen natürlich, dass sie eines erwarteten Wohlstands nie ganz sicher sein können. Sie halten es für mehr oder weniger wahrscheinlich, als Eltern einen gewissen Wohlstand genießen und diesen auch ihren Kindern bieten zu können, und sie hoffen, dies unter einigermaßen berechenbaren Lebensumständen tun zu können, aber sie wissen auch um die damit verbundenen Risiken. Sie wissen, dass Wohlstand verlorengehen kann oder dass er möglicherweise in ganz unerwarteten und uner-

wünschten Lebensumständen behauptet werden muss. Eine Wohlstandserwartung ist daher gerade bei potentiellen Eltern immer auch von einer Bewusstseinshaltung begleitet, die hier als *Kontinuitätserwartung* bezeichnet werden soll. Je mehr die Kontinuität der Lebensumstände gefährdet erscheint, desto geringer ist die Kontinuitätserwartung und umgekehrt.

Wohlstandserwartung lässt sich als ein Mittelwert im statistischen Sinne verstehen. Man kann sie als gewichteten Mittelwert der verschiedenen Wohlstandsniveaus deuten, denen je unterschiedliche Eintrittswahrscheinlichkeiten zugeordnet werden. Auf ähnliche Weise lässt sich Kontinuitätserwartung als Wahrscheinlichkeitsverteilung der Wohlstandserwartungen deuten. Dennoch ist gerade die Kontinuitätserwartung ein weit komplexeres Phänomen. Sie ist stark geprägt von sozialstaatlichen Sicherungsvorkehrungen. Sie hängt davon ab, mit welchen künftigen Zumutungen potentielle Eltern schlimmstenfalls rechnen müssen und welche Zumutungen ihnen durch die soziale Absicherung voraussichtlich erspart bleiben. Sie hat damit zu tun, was Eltern ggf. auf sich nehmen müssen, um ein Mindestmaß an Wohlstand für sich und eventuelle Kinder sicherzustellen. Eltern wollen solches Wohlstandsniveau nicht um jeden Preis, sondern sie wollen es unter zumutbaren Bedingungen. Sie wollen nicht die Gestaltungssouveränität über ihre Lebensumstände verlieren, sie wollen nicht flexibel sein müssen um jeden Preis und nicht von den Umständen gehetzt, um ein Mindestmaß an Wohlstand zu wahren. Insofern ist Kontinuität der Lebensumstände ein ganz eigenständiges Gut, das unabhängig vom Wohlstand erstrebt wird.

Man kann sich natürlich Kontinuität zu einem gewissen Grade kaufen. Man kann dies zum Teil individuell tun, indem man sich gegen Lebensrisiken einzelvertraglich versichert, und man kann oder muss es teilweise auch gemeinschaftlich tun. Gemeinschaftlich können Bürger ihren Staat beauftragen, für ein gewisses Maß an Kontinuität zu sorgen. Hierzu tragen die sozialstaatlichen Sicherungen wesentlich bei, aber natürlich auch eine generelle Stabilität politischer Rahmenbedingungen.

Kontinuität hat ihren Preis, insoweit man sie privat erwirbt, aber auch als kollektives, vom Sozialstaat bereitgestelltes Gut ist Kontinuität nicht umsonst zu haben. Auch der Sozialstaat kann seinen Bürgern Kontinuität nur gewähren, wenn sie auf anderes verzichten. Die Bürger müssen bereit sein, Steuern und Sozialabgaben zu zahlen, die der Staat für die Absiche-

nung von Lebenskontinuität verwendet. Darüber hinaus müssen sie in einem kontinuiertsstiftenden Staat mit einer Einbuße an gesamtgesellschaftlichem Wohlstand rechnen. Sie müssen hinnehmen, dass der durchschnittliche Wohlstand tendenziell sinkt, wenn die durchschnittliche Abgabenglast steigt. Sie müssen sich auch damit abfinden, dass die Angst vor Diskontinuität ein Motiv vorsorglichen Wohlstandstrebens ist und dass daher ein Sozialstaat, der solche Ängste einzudämmen versucht, das Wohlstandstreben tendenziell schwächt.

Zwischen Wohlstandserwartung und Kontinuitätserwartung besteht daher ein unvermeidlicher Konflikt. Kontinuitätserwartung muss mit einem Verlust an Wohlstandserwartung erkaufte werden und umgekehrt. Insofern es um politische Maßnahmen zur Kontinuitätssicherung geht, müssen die Bürger kollektiv abwägen, welche Kombination von Wohlstandserwartung und Kontinuitätserwartung ihr Staat für sie erzeugen soll. Dabei sollte ihnen bewusst sein, dass Kontinuität in einer von raschem wirtschaftlichem, technischem und gesellschaftlichem Wandel geprägten Welt weniger selbstverständlich und teurer ist denn je.

Ansprüche sind natürlich individuell sehr verschieden, auch in Sachen Wohlstand und Kontinuität. Manches spricht sogar dafür, dass die Wohlstands- und Kontinuitätsansprüche von nichts so stark geprägt sind wie vom Wohlstand und von der Kontinuität, die für Menschen im jeweiligen sozialen Umfeld erreichbar scheinen. Man möchte nicht im Wohlstand und in der Lebenskontinuität hinter das einmal Erreichte zurückfallen, man möchte in dieser Hinsicht Schritt halten mit sozialen Bezugsgruppen, und man möchte, dass dies auch den eigenen Kindern möglich ist. Dies unter anderem erklärt, dass der Kinderwunsch gerade bei denen, die dank ihrer Ausbildung auf ein vergleichsweise hohes Lebensinkommen hoffen können, nicht stärker, sondern eher noch schwächer ausgeprägt ist bei anderen. Dennoch gilt auch für diese Gruppe potentieller Eltern, dass die Intensität des Kinderwunsches von Wohlstands- und Kontinuitätserwartungen abhängt und daher auch politisch beeinflusst werden kann.

Die nüchterne Abwägung von Vor- und Nachteilen der Kinderzeugung wirkt unter anderem deswegen demographisch so fatal, weil sowohl der Wohlstands- als auch der Kontinuitätsanspruch mit steigender Kinderzahl wächst. Wenn Eltern das Gefühl haben, sich ein zweites, drittes oder vier-

tes Kind nicht leisten zu können, wenn sie also glauben, einer größer werdenden Familie nicht genügend Wohlstand und Kontinuität bieten zu können, bleibt die durchschnittliche Kinderzahl entsprechend gering. Je größer die Kinderzahl, desto größeres Gewicht bekommt bei dieser Abwägung der Kontinuitätsanspruch. Desto höher nämlich schätzen Eltern die materielle und soziale Sicherheit. Desto stärker wehren sie sich auch und vor allem im Interesse ihrer Kinder gegen Wohlstandsschwankungen, gegen Mobilitätsdruck, gegen unvorhersehbare Arbeitszeiten und gegen die Unberechenbarkeit anderer Lebens- und Arbeitsumstände.

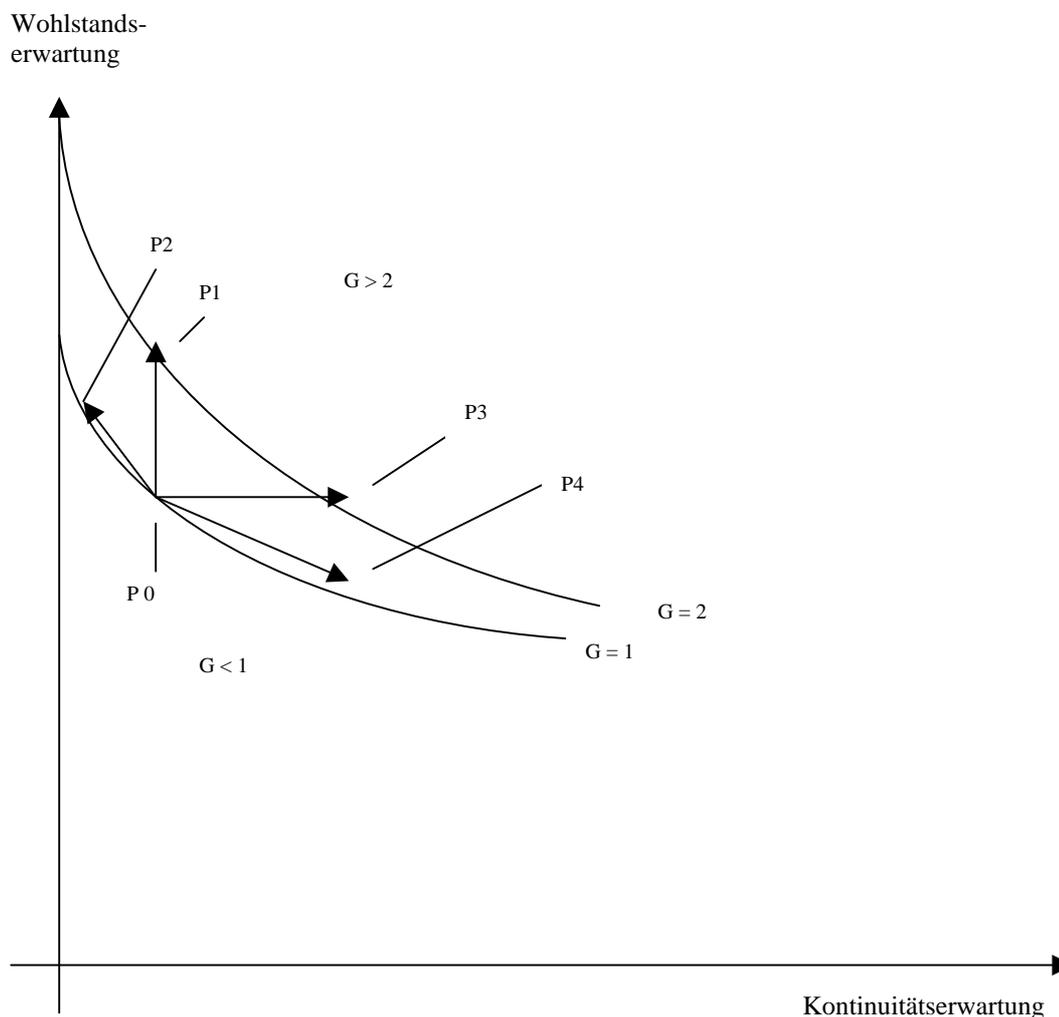
Die Abb. 1 ist eine formelle Darstellung dieser Zusammenhänge. Sie stellt die Wohlstands- und Kontinuitätserwartungen eines potentiellen Elternpaares dar. Die beiden Kurven dieser Abbildung bilden jeweils Kombinationen von Wohlstands- und Kontinuitätserwartungen ab, bei denen eine gleich hohe Bereitschaft zur Kinderzeugung besteht. Die untere Kurve ($G = 1$) steht für die Mindestexpectationen an Wohlstand und Kontinuität, die ein kinderloses Paar das Wagnis eines ersten Kindes eingehen lässt. Die zweite Kurve ($G = 2$) steht für ein Erwartungsniveau, das Eltern den Schritt zu einem zweiten Kind tun lässt.

Diese Darstellung ist natürlich eine Simplifizierung, die vielerlei Motive der Kinderzeugung unterschlägt. Gerade die nicht abgebildeten Motive sorgen dafür, dass die in den Kurvenverläufen dargestellten Mindestexpectationen bei verschiedenen Elternpaaren höchst unterschiedliche Gestalt haben, dass es also sehr unterschiedlicher Expectationen hinsichtlich Wohlstand und Kontinuität bedarf, um die Bereitschaft zur Zeugung eines ersten oder weiterer Kinder zu wecken. Der grundsätzliche Sachverhalt aber, dass nämlich die reflektierte Bereitschaft zur Kinderzeugung mit Wohlstands- und Kontinuitätserwartungen zu tun hat, ist allgemein gültig. Diese Bereitschaft ist daher auch in dem Maße veränderlich, wie diese Expectationen veränderlich sind, und sie ist in dem Maße ein Politikum, wie diese Expectationen politisch beeinflusst werden können.

Um die politischen Handlungserfordernisse zu veranschaulichen, sei hier eine Anfangssituation angenommen, eine Kombination also von Wohlstands- und Kontinuitätserwartungen, wie sie im Punkt P_0 gegeben ist. In dieser Situation besteht die Bereitschaft, ein und nur ein Kind zu zeugen. Dies wäre dementsprechend ein Szenario raschen demographischen Niedergangs.

In der Abbildung sind mögliche politische Ziele markiert, die eine demographische Stabilisierung bewirken könnten. Eine demographisch sensibilisierte Politik könnte sich beispielsweise ganz darauf konzentrieren, die Wohlstandserwartungen zu steigern. Wäre sie damit erfolgreich, könnte die im Punkt P1 dargestellte Erwartungskombination erzeugt werden. Damit wäre eine Geburtenziffer in der Größenordnung von 2 erreicht und – unter den der Abbildung zugrunde liegenden Annahmen – die demographische Entwicklung annähernd stabilisiert.

Eine Politik, die sich auf solche Zielsetzung beschränkte, wäre aber auf mehrerlei Weise vom Scheitern bedroht. Zum einen könnte sie – zumindest auf längere Sicht – von einem Anspruchsschub hinsichtlich des Wohlstandes eingeholt werden, von einer Verlagerung der Erwartungskombinationen also, bei denen die angestrebte Geburtenziffer erreicht wird. Zum anderen besteht immer auch die Gefahr, dass die erzeugte Wohlstandserwartung sich längerfristig als Illusion erweist und auch deswegen die Geburtenziffer hinter dem erhofften Wert zurückbleibt. Schließlich besteht bei einer solchen Politik aber auch die Gefahr, dass zur Erhöhung der Wohlstandserwartungen ungewollt oder unbedacht Kontinuitätserwartungen aufs Spiel gesetzt werden. Statt des deklarierten politischen Ziels P1, bei dem mindestens zwei Kinder je potentiellm Elternpaar geboren werden, können unversehens Erwartungen erzeugt werden, wie sie beispielsweise im Punkt P2 vorliegen. Die etwas höhere Wohlstandserwartung (P2 liegt höher als P0) würde sich zwar auf die Geburtenrate günstig auswirken, aber dieser Effekt würde weitgehend kompensiert durch eine gesunkene Kontinuitätserwartung (P2 liegt links von P0).



G = Geburtenrate (Anzahl Kinder je potentiellern Elternpaar)

Abb. 1

Ein ähnliches demographisches Scheitern könnte einer Politik widerfahren, die ganz auf eine Steigerung der Kontinuitätsersparungen setzte. Eine solche Politik könnte beispielsweise, ausgehend von einer Situation wie in P_0 , bei gleichbleibender Wohlfahrtsersparung eine Kontinuitätsersparung erzeugen wollen, wie sie im Punkt P_3 herrscht. Sie könnte dies tun, indem sie die kontinuierkeitsstiftenden Leistungen des Sozialstaats ausweitete. Eine solche Politik würde aber riskieren, dass aufgrund erhöhter Steuer- und Abgabenlasten und veränderter Motivationen der durchschnittliche Wohlstand sinkt und dass daher letztlich statt der Erwartungen in

Punkt P3 nur diejenigen in Punkt P4 erreicht werden. Auch damit wäre das Ziel einer demographischen Stabilisierung weit verfehlt.

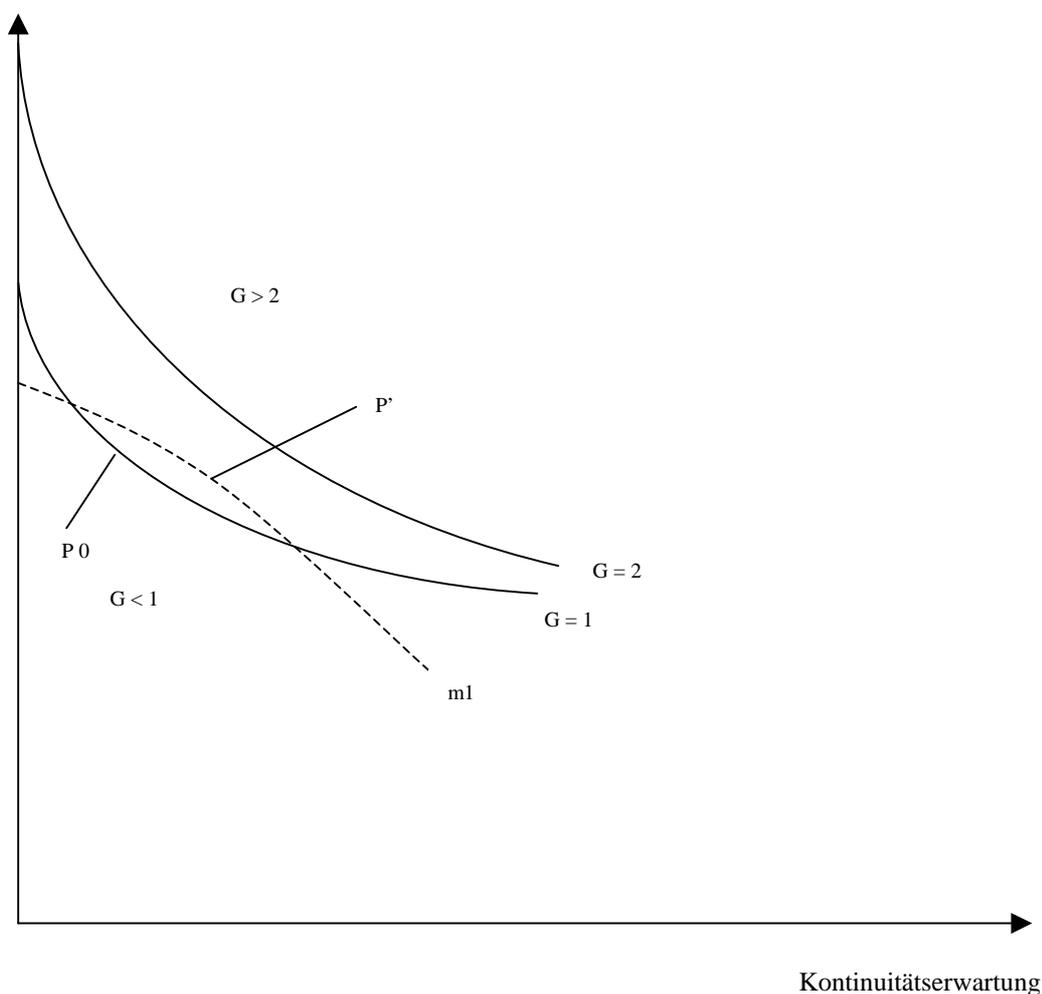
Dass Politik überhaupt versucht, Maßnahmen zur demographischen Stabilisierung zu ergreifen, ist schon ein sehr optimistisches Szenario. Realität ist immer noch, dass die dramatisch gesunkene Geburtenrate in den wirtschaftlich hoch entwickelten Ländern politisch weitgehend untätig hingenommen wird. Anstatt klare demographische Zielsetzungen im Bemühen um Wohlstand und Kontinuität auszuweisen, konzentriert sich die politische Debatte immer noch auf die Auseinandersetzung zwischen wirtschaftsliberalen Positionen, die auf Wohlstandserwartungen fixiert sind, und eher sozialdemokratischen Positionen, die auf Kontinuitätserwartungen im herkömmlichen sozialstaatlichen Sinne setzen. Dabei wird das Demographieproblem alten ideologischen Vorurteilen untergeordnet. Man hofft stillschweigend, dass herkömmliche Politik in der einen oder anderen Form, als Wohlstands- oder als Kontinuitätspolitik, irgendwann auch demographisch Wirkung zeigt, wenn sie nur mit der notwendigen Konsequenz betrieben wird. Solches politische Denken und Handeln hat aber zugelassen, dass über Jahrzehnte die Entwicklung von Wohlstand und Lebenskontinuität nicht mit den Erwartungen potentieller Eltern Schritt gehalten hat. Dadurch ist letztlich eine Situation entstanden, wie sie in Abbildung 2 dargestellt ist. Diese Entwicklung wird zur Folge haben, dass das Demographieproblem früher oder später Priorität gegenüber allen anderen sozial- und wirtschaftspolitischen Problembereichen gewinnt.

In Abbildung 2 gibt die Kurve m1 beispielhaft die möglichen Wohlstands- und Kontinuitätserwartungen eines repräsentativen potentiellen Elternpaares unter politischen Grundbedingungen wieder, wie sie in den demographisch gefährdeten Gesellschaften bestehen. Demographisch gesehen ist unter solchen Bedingungen die beste unter den verfügbaren schlechten Möglichkeiten diejenige in Punkt P', und bestenfalls hilft Politik, eben diese Möglichkeit zu realisieren. Auch damit wäre aber der demographische Niedergang natürlich nicht abgewendet.

Perspektiven einer demographischen Stabilisierung eröffnet in einer solchen Situation nur eine Politik, die den Möglichkeitsraum der Wohlstands- und Kontinuitätserwartungen speziell für potentielle Eltern erweitert. Nach der Darstellung in Abb. 2 müsste zu diesem Zweck die

Kurve m verschoben, müsste also ein erweiterter Möglichkeitsraum geschaffen werden, der einen Bereich oberhalb von $G=2$ mit ausreichend hohen Geburtenziffern einschließt. Um dies zu erreichen, müsste Politik die Grundbedingungen ändern, unter denen potentielle Eltern ihre einschlägigen Erwartungen herausbilden. Es müssten Bedingungen herrschen, unter denen der Möglichkeitsraum der Erwartungen eine Reichweite hat, wie sie in Abb. 3 mit m_2 dargestellt ist.

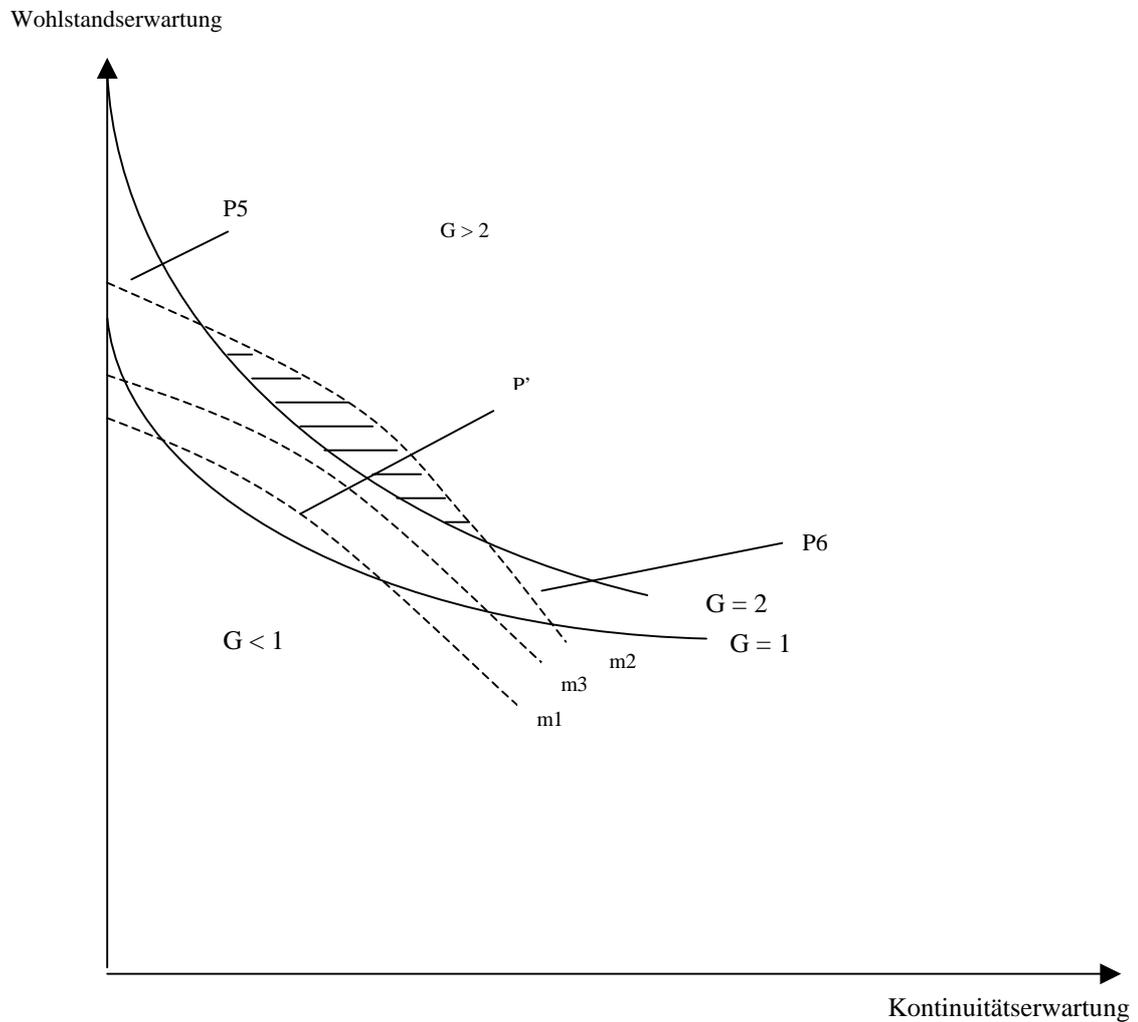
Wohlstandserwartung



G = Geburtenrate (Anzahl Kinder je potentielltem Elternpaar)

m = Realisierbare Kombinationen von Wohlstand- und Kontinuitätserwartung

Abb. 2



G = Geburtenrate (Anzahl Kinder je potentiellern Elternpaar)

m_1, m_2, m_3 = realisierbare Kombinationen von Wohlstands- und Kontinuitätserwartung unter verschiedenen sozialpolitischen Grundbedingungen

Schraffierte Fläche: sozial- und wirtschaftspolitischer Gestaltungsspielraum nach Realisierung von m_2

Abb. 3

Nur unter solchen Bedingungen kann der demographische Niedergang abgewendet werden. Abwendbar würde damit auch der Zwang, Sozial-

und Wirtschaftspolitik früher oder später ganz dem Primat der demographischen Stabilisierung unterzuordnen. Langfristig würde Politik unter Bedingungen, wie sie in Fall m2 unterstellt sind, Gestaltungsspielraum zurückgewinnen, innerhalb dessen ein gesellschaftliches Optimum aus Wohlstand, Kontinuität und demographischer Stabilität gesucht werden könnte. Dieser Gestaltungsspielraum ist in Abb. 3 durch die schraffierte Fläche zwischen der Möglichkeitskurve m2 und der Geburtenziffernkurve $G=2$ repräsentiert.¹

Ein derart erweiterter, durch m2 abgegrenzter demographischer Möglichkeitsraum würde allerdings ein ideologisch bedingtes demographisches Scheitern zumindest theoretisch noch nicht ausschließen. Auch wenn dieser Möglichkeitsraum geschaffen wäre, könnte eine einseitig auf Wohlstandserwartungen (Punkt P5 in Abb. 3) oder auf Kontinuitätserwartungen (P6) potentieller Eltern fixierte Politik einen fortgesetzten demographischen Niedergang verursachen. Eine einseitig wirtschaftsliberale Ausrichtung wäre daher demographisch ebenso verfehlt wie eine Politik, die einseitig auf staatliche Absicherung von Lebensrisiken abzielte. Das Demographieproblem bekräftigt insofern die Erkenntnis, dass zum einen Wohlstand nicht in Zukunftsängsten gegründet sein und dass zum anderen der Staat keine wohlstandsfeindliche so genannte Vollkaskotalität unter den Bürgern entstehen lassen sollte. Der drohende demographische Niedergang zwingt dazu, eine neue Balance zwischen diesen Extremen zu finden.

Die wichtigste Maßnahme, mit der eine Verschiebung der Möglichkeitskurve von m1 nach m2 erreicht werden könnte, ist eine dauerhafte Umverteilung von Wohlstand. Politik kann dafür sorgen, dass die Wohlstandserwartung für Haushalte mit Kindern dauerhaft erhöht und dementsprechend für kinderlose Haushalte dauerhaft gesenkt wird. Sie kann ein Kinder- und Elterngeld zuweisen, das genügend Anreiz zur demographisch erwünschten Kinderzeugung bietet und damit zu der angestrebten demographischen Stabilisierung führt. Ein Bürgergeld beispielsweise könnte diese Umverteilungsfunktion erfüllen. Es könnte Erwachsenen und Kindern in gleicher Höhe zukommen, und eine problembewusste Bevölkerungspolitik könnte das Bürgergeld darüber hinaus um einen Zu-

¹ Dabei bleibt unberücksichtigt, dass eine Geburtenziffer von 2 für sich genommen nicht ganz ausreicht, um eine vollständige Stabilisierung der Bevölkerungszahl sicherzustellen.

schlag für Eltern und Kinder ergänzen. Mit einem derart modifizierten Bürgergeld könnte ein politischer Gestaltungsspielraum eröffnet werden, wie er in Abb. 3 durch die schraffierte Fläche dargestellt ist.

Bevölkerungspolitik sollte nicht nur Wohlstand umverteilen, sondern sie sollte auch auf die Kontinuitätserwartungen von Eltern und potentiellen Eltern Einfluss nehmen. Dies könnte sie beispielsweise tun, indem sie eine finanzielle Grundkontinuität durch Zahlung eines langfristig verlässlichen und damit kontinuierlichen Sockeleinkommens an Eltern und Kinder schafft. Solches kontinuierlich stiftende Sockeleinkommen wäre natürlich nichts anderes als ein – um einen eventuellen Eltern- und Kinderzuschlag modifiziertes – Bürgergeld. Wenn es wirklich langfristig verlässlich wäre, würde ein Bürgergeld daher in doppeltem Sinne, nämlich als staatliche Wohlstands- und als Kontinuitätshilfe, zur demographischen Stabilisierung beitragen.

Dass es überhaupt gelingen kann, den politischen Möglichkeitsraum bis in den Bereich demographischer Stabilisierung hin zu erweitern, darf dennoch nicht für selbstverständlich genommen werden. Es gibt Grenzen der Umverteilung von Nichteltern zu Eltern und Kindern. Es gibt Grenzen der Belastbarkeit von Nichteltern, und es gibt politische Entscheidungsprozesse, in denen diese Grenzen geltend gemacht werden. Es gibt auch Zeitgeistphänomene, die den Willen zur Elternschaft zumindest vorübergehend irreparabel schädigen können. Es gibt Zeiten, in denen es schlicht an Zuneigung zu Kindern mangelt, und es gibt Zeiten, in denen zu viele potentielle Eltern zu wohlstandsversessen sind, als dass eine wohlmeinende Politik ihnen über die Furcht vor den kinderbedingten Belastungen hinweghelfen könnte. In solchen Zeiten lassen sich die Kontinuitäts- und Wohlstandserwartungen auch von der kompetentesten Bevölkerungspolitik nicht in den Bereich demographischer Stabilisierung hinein erweitern. Dies wäre eine Situation, bei der in Abb. 3 eine Möglichkeitskurve wie m_3 die Grenze der politischen Gestaltungsmöglichkeiten markiert.

In einer solchen Situation wäre der absolute politische Primat der Bevölkerungspolitik und damit der Verlust anderweitiger sozialpolitischer Gestaltungsspielräume (Verschwinden der schraffierten Fläche in Abb. 3) unabwendbar. Ein demographischer Niedergang wäre unvermeidlich, aber politisch müsste dennoch alles darangesetzt werden, ihn zu verlangsamen. Den Versuch zumindest, das demographische Unheil zu minimie-

ren, schuldet eine aufgeklärte, langfristig orientierte Politik den Bürgern allemal. Sie schuldet dies vielleicht weniger der politisch aktiven, aber sie schuldet es umso mehr den nachwachsenden Generationen. Eine Generation lang nämlich lässt sich durch Verzicht auf Kinder durchaus ein gewisser Wohlstandsgewinn realisieren, aber die unvermeidliche Folge hiervon ist ein Wohlstandsverlust für die später Geborenen. Für sie ginge der Wohlstand zurück, weil die niedrige Geburtenziffer den Anteil der erwerbsfähigen, also der Wohlstand schaffenden Bevölkerung schrumpfen ließe. Generationenübergreifend betrachtet, gebührt daher der Bevölkerungspolitik schon rein ökonomisch gesehen höchste politische Priorität.

Nicht eindringlich genug kann daher auch die Frage gestellt werden, ob und wie eine generationenübergreifende politische Verantwortlichkeit hergestellt werden könnte. Dass nämlich bestehende politische Institutionen in der Lage sind, hinreichend langfristige Wohlstands- und vor allem Kontinuitätserwartungen zu erzeugen, ist alles andere als selbstverständlich. Die Erwartungen potentieller Eltern, bei denen eine demographische Stabilisierung gelingen könnte, sind sehr langfristiger Natur. Auf eine Politik, die langfristige Erwartungen glaubwürdig sichern wollte, müsste daher sehr langfristig Verlass sein. Dies kann nur gelingen, wenn die zuständigen politischen Akteure ebenso langfristig verlässliche wie fachlich kompetente Entscheidungen treffen.

Für beides bietet die bestehende politische Ordnung nicht die Voraussetzungen. Die politischen Akteure verfügen in dieser Ordnung weder über ein ausreichend langfristiges Mandat noch über eine ausreichend gesicherte politische Fachkompetenz. Mit einer langfristigen Stabilisierung der Erwartungen potentieller Eltern wäre daher nur in einem ganz anders konzipierten Staatswesen wie einer mehrspurigen Demokratie zu rechnen. Erst in einer solchen politischen Ordnung bestünde überhaupt Aussicht, dass eine dauerhafte demographische Stabilisierung gelingt und dass darüber hinaus sozialpolitische Gestaltungsspielräume geschaffen und erhalten werden.

Die politischen Schlussfolgerungen aus dem demographischen Niedergang wohlhabender Sozialstaaten sind daher umwälzend. Zur demographischen Stabilisierung bedarf es eines neuen Systems der Umverteilung und Kontinuitätsstiftung, und dieses System müsste eingebettet werden in

eine grundlegend erneuerte politische Ordnung. Je später die Konsequenzen hieraus gezogen werden, desto schwerer wird der gesellschaftliche Schaden zu beheben sein.

06-2005

www.reformforum-neopolis.de